

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben.
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 2-5 Uhr
Verleger: Druckerei-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Die Beratung der Fürstenvorlage.

Entschädigungslose Enteignung der Kronfideikommissrenten. - Ein sozialdemokratischer Antrag im Rechtsausschuß angenommen.

Die heutige Rechtsausschlußberatung begann mit einem allerdings schnell an der Feststellung der Wahrheit gescheiterten Vorstoß der Kommunisten gegen die Berichterstattung des „Vorwärts“.

Auf Wunsch des Genossen Rosenfeld bestätigte demgegenüber der Vorsitzende Kahl, daß er nach Absatz des Absatz 1 des § 1 konstatiert habe, daß zu dieser Bestimmung keinerlei Abänderungsanträge gestellt worden seien, daß kein Widerspruch gegen sie erhoben worden sei, daß sie also angenommen sei.

Söder suchte sich alsdann, indem er auf die angeblich richtigere Darstellung bürgerlicher (!!!) Blätter - es lebe die proletarische Einheitsfront! - hinwies, darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten doch gegen den ganzen § 1 gestimmt hätten.

Zu § 8 der Regierungsvorlage, in welchem eine gewisse Entschädigung der Fürsten für den Wegfall der Fideikommissrenten vorgesehen ist, begründete Genosse Landsberg einen sozialdemokratischen Antrag auf entschädigungslosen Fortfall dieser Renten.

Abg. Pfleger (Bayer. Sp.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil er einer entschädigungslosen Enteignung von Privatrenten nicht zustimmen könne.

Abg. Coerling, der heute wieder erschienen ist, protestiert ebenfalls gegen die Enteignung fürstlicher Rechte.

Auf die Bemerkung des deutschnationalen Redners über, das preußische Justizministerium, das den privatrechtlichen Charakter der Renten anerkannt habe, erklärt Geheimrat Frank für das preußische Finanzministerium, daß dieses niemals ein solches Anerkenntnis abgegeben habe.

Sogar schon vor der Revolution habe der preußische Finanzminister Bessler den Standpunkt vertreten, daß bei diesen Renten Privateigentum der Fürsten nicht in Frage komme.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) äußerte starke Zweifel über die Richtigkeit der von der Sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Lösung. Es handelt sich aber nicht um rein juristische Erwägungen, sondern um politische Fragen und ihre Lösungen.

Abg. Schulte (Z.) gibt dieselbe Erklärung zu den sozialdemokratischen Anträgen ab. Das Zentrum werde zu seinem Wort stehen. Es habe aber auch versprochen, mit allen parlamentarischen Mitteln für eine andere Lösung zu sorgen.

Abg. Rosenfeld (Komm.) erklärt, konsequent sei nur der Abg. Coerling (Allgemeine Heiterkeit). Das Entgegenkommen an die Sozialdemokraten sei aber nicht sehr bedeutungsvoll.

Abg. von Cindeiner (Dnat.) protestiert in scharfen Worten gegen die angeblich nicht objektive Stellungnahme des Geheimrats Frank, der nicht auf das Gutachten des jetzigen Ministers Am Jahnhoff hingewiesen habe, der erklärt habe, daß es sich bei der Hohenzollernrente um Privateigentum handle.

Finanzministers Befehle. Nach der Erklärung des Reichsfanzlers Marx vor der Volksabstimmung, daß die Fürsten ebenso behandelt werden sollten, wie andere Staatsbürger, müsse angenommen werden, daß wenn durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages jetzt ein Ausnahmerecht zugunsten der Fürsten geschaffen werde, die Regierung dem nicht zustimmen werde.

Vorsitzender Kahl weist den Vorwurf mangelnder Objektivität, der gegen einen Vertreter der preußischen Regierung erhoben worden sei, zurück.

Geheimrat Frank stellt fest, daß er sich als Vertreter des Preussischen Finanzministeriums nur über dessen Stellungnahme zu äußern gehabt habe. Er habe nur richtiggestellt, die Behauptung des deutschnationalen Vertreters, der die falsche Behauptung aufgestellt habe, daß das preussische Finanzministerium den privatrechtlichen Charakter der Renten anerkannt habe.

Abg. von Richtofen stellt fest, daß Geheimrat Frank sich durchaus korrekt verhalten habe. Auch er spricht sich für den sozialdemokratischen Antrag aus.

Genosse Rosenfeld stellt fest, daß der Vertreter des preussischen Finanzministeriums sich völlig korrekt verhalten habe. Die von ihm angeblich verschwiegene Tatsache, daß der preussische Justizminister Am Jahnhoff den privatrechtlichen Charakter der Renten anerkannt habe, sei doch im ganzen Ausschuß längst bekannt.

da nach Annahme des sozialdemokratischen Antrages nur die Bestimmung übrig bleibe: die Renten werden ohne Entschädigung enteignet. Mehr hätten auch die Kommunisten nicht verlangt, mehr verlange auch das Volksbegehren nicht.

Dem Abg. Wunderlich gegenüber führte Genosse Rosenfeld aus, daß man mit rein juristischen Erwägungen die vorliegenden Fragen in der Tat nicht lösen könne, es handle sich um politische Fragen und Lösungen.

sondern auch auf andere Bestimmungen des Gesetzes zu den von den sozialdemokratischen Vertretern vorgeschlagenen Abänderungsanträgen.

übrigens sei es auch gar nichts Besonderes, wenn durch An-

nahme des sozialdemokratischen Antrages die Enteignung des Privateigentums ausgesprochen werde. Das geschehe auch in anderen Bestimmungen, die schon in der Regierungsvorlage vorhanden seien, und gerade deshalb sei ja von der Regierung der ganze Gesetzentwurf als verfassungsändernd bezeichnet worden.

Bei der dann vorgenommenen Abstimmung wird zum erstenmal ein sozialdemokratischer Antrag angenommen und zwar gegen die Deutschnationalen, Bökischen und die Vertreter der Bayerischen Volkspartei bei Stimmenthaltung der Kommunisten.

Diese Stimmenthaltung der Kommunisten ist ganz besonders unverständlich, da in dem nunmehr angenommenen Paragraphen lediglich steht, daß die Fideikommissrenten ohne jede Entschädigung an den Staat fallen.

Bei der Beratung des § 9 der Regierungsvorlage erhebt Abg. Coerling scharfen Widerspruch. Es handelt sich, wie mitgeteilt sei, bei § 9 um die Zuteilung von Gegenständen an das Land, die es aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit in Anspruch nimmt.

Genosse Rosenfeld hält dem Abg. Coerling entgegen, von Begehrlichkeit könne nicht die Rede sein, denn es sollen doch Vermögensstücke dem Volk überwiesen werden.

Von Begehrlichkeit könne aber nicht beim Volk, sondern nur bei den Fürsten die Rede sein.

Wenn vorausgesetzt werde, daß Kultur und Volksgesundheit die Zuteilung von Gegenständen an den Staat rechtfertigen müsse, so sei vollkommen klar, daß es sich um Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit handle.

Staatssekretär Joel trat dem Abg. Coerling gegenüber für die Regierungsvorlage ein, indem er hervorhob, daß von einer Verfassungsverteidigung nicht die Rede sein könne, weil die Zuteilung von Gegenständen an das Land nur aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit erfolgen solle.

Abg. Coerling fragt, ob eine Enteignung auch dann noch erforderlich sei, wenn die Hohenzollern jetzt auf das Recht der Rücknahme der Kunstgegenstände verzichteten und sie dem Staate zur dauernden Benutzung unentgeltlich überließen.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und die Regierungsvorlage mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen.

Subventionswirtschaft.

Die Sozialdemokratie verlangt Abhilfe und Kontrolle im Hauptauschuß.

Seit dem Jahre 1924 findet sich in den Etatsgesetzen des Reiches eine Bestimmung, durch die der Finanzminister ermächtigt wird, „zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Nachwirkungen des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse mit Genehmigung des Haushaltsausschusses nötigenfalls Garantien zu übernehmen, sofern dadurch eine Ausgabe vermieden wird, der sich das Reich sonst nicht hätte entziehen können“.

Sehungen des angezogenen Paragraphen erfüllt. Die Sozialdemokratie hat gegen diesen ungesetzlichen Beschluß im Plenum des Reichstags eine Interpellation eingebracht.

Unabhängig davon haben die sozialdemokratischen Vertreter im Haushaltsauschuß selbst eine Aktion eingeleitet, um dem Unfug der Subventionswirtschaft ein Ende zu machen. Die Sozialdemokratie ist nicht grundföhrlich dagegen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen öffentliche Gelder zur Milderung der Krise hergegeben werden.

Der Haushaltsauschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, in allen Fällen der Kreditgewährung oder der Uebernahme von Garantien durch das Reich dem Reichstags Vorlagen zu unterbreiten, bei denen die folgenden Richtlinien berückichtigt sind:

1. Kredite dürfen nur gewährt, Garantien nur übernommen werden in solchen Fällen, in denen ohne das Eingreifen des Reichs

wesentliche, für die Allgemeinheit notwendige Produktionsanlagen zum Erliegen kommen würden.

2. Reichshilfe irgendwelcher Art soll nur dann gewährt werden, wenn einwandfrei nachgewiesen wird, daß die unter I angegebenen Voraussetzungen erfüllt sind, und daß damit gerechnet werden kann, daß die Hilfe des Reiches einen nur vorübergehenden Kostendruck beseitigen wird.

3. Wird Reichshilfe gewährt, so hat das Reich sich das Recht zu sichern:

a) Eine Kontrolle über die Verwendung der Reichsgelder auszuüben. Die Reichsmittel sollen die Produktion fördern und beleben, aber nicht dazu dienen, privaten Gläubigern ihr Kreditrisiko abzunehmen.

b) Maßgeblich bei einer Reorganisation des subventionierten Unternehmens mitzuwirken und in seiner Verwaltung vertreten zu sein.

c) Je nach der Höhe der gewährten Unterstützung angemessene Zinsen und Provision zu erhalten, und nach der Gesundheit an dem Unternehmen beteiligt zu werden.

Wehrt sich auf Grund von Nr. 3e der beantragten Richtlinien der Aktienbesitz des Reichs, so muß festgestellt werden, wie über diesen Besitz verfügt werden darf. Solche Bestimmungen fehlen. In der Reichshaushaltsordnung finden sich genauere Bestimmungen nur bezüglich der Veräußerung von Grundstücken oder Teilen von Grundstücken. An einen größeren Aktienbesitz des Reichs hat damals niemand gedacht. Um diese Lücke auszufüllen, haben die sozialdemokratischen Vertreter den folgenden weiteren Antrag gestellt:

Die Reichsregierung zu ersuchen:

a) baldmöglichst eine Erweiterung des § 47 Absatz 2 Reichshaushaltsordnung nach der Richtung vorzuschlagen, daß jede Veräußerung und Verpfändung von Aktienbesitz des Reichs der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstages bedarf, soweit nicht aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen eine Abweichung hier von geboten ist. In letzterem Falle ist dem Reichsrat und dem Reichstag von der Veräußerung sobald durch eine Nachweisung Kenntnis zu geben.

b) dafür Sorge zu tragen, daß bis zum Erlaß einer solchen Bestimmung ohne Zustimmung des Haushaltsausschusses kein Aktienbesitz des Reiches veräußert oder verpfändet wird.

Je zahlreicher Stützungs- und Sanierungsaktionen des Reichs geworden sind, je weniger bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage mit einem Abflauen dieser Bewegung zu rechnen ist, um so notwendiger erscheint es, daß wenigstens eine Stelle im Reich von allen Kreditmaßnahmen, die von Reichsstellen getroffen werden, Kenntnis erhält. Bis jetzt ist das nicht der Fall. Jede Reichsstelle gibt ihre Gelder nach den von ihr beschlossenen Grundsätzen und gänzlich unabhängig von allen anderen Reichsstellen auch an die Wirtschaft ab. Daß das zu den größten Mißständen führen muß und schon oft geführt hat, ist klar. Die sozialdemokratischen Vertreter haben daher den folgenden dritten Antrag gestellt:

1. Die im Mai überreichte Nachweisung der vom Reich übernommenen Bürgschaften und gewährten Kredite zu vervollständigen durch Hinzufügung

1. der von den Schuldner zu zahlenden Zinssätze,

2. der öffentlichen und privaten Kreditinstitute, hinter denen das Reich mit seiner Bürgschaft steht,

3. aller Bürgschaften, die das Reich in Gemeinschaft mit einem Land übernommen hat,

4. der Subventionen an gewerbliche und kaufmännische Unternehmungen oder Körperschaften, die in den Haushaltsplänen 1924, 1925, 1926 bewilligt sind,

5. der Unterstützungen und Kredite, die von Reichsstellen an gewerbliche und kaufmännische Unternehmungen oder Körperschaften gewährt werden,

6. der Unterstützungen und Kredite, die an gewerbliche und kaufmännische Unternehmungen oder Körperschaften auf Grund besonderer Reichsgesetze bewilligt werden.

II. Die so vervollständigte Nachweisung nicht chronologisch aufzuführen, sondern systematisch (Industrie, Landwirtschaft, kaufmännische Unternehmungen) zu gruppieren.

Laufen auf Grund dieses Antrages alle Nachweisungen der vom Reich übernommenen Bürgschaften und gewährten Kredite und Darlehen beim Reichsfinanzministerium und durch das Reichsfinanzministerium dann beim Haushaltsaus-schuss des Reichstages zusammen, so ist damit allein schon eine Kontrolle gegeben, an der es bisher vollkommen gefehlt hat.

In der Donnerstagstagung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurden die sozialdemokratischen Anträge, betreffend die Stützungs- und Sanierungsaktionen des Reiches, beraten. Nachdem Genosse Heilmann drei Anträge eingehend begründet hatte, glaubte Staatssekretär Fischer das Finanzministerium gegen tabuläre Bemerkungen Heilmanns in Schutz nehmen zu müssen. Von den Rednern aus der Mitte des Ausschusses, insbesondere von Abgeordneten Hergt (Dnat.), wurden indes die sozialdemokratischen Anträge als interessant und sehr wichtig bezeichnet. Die behandelte Materie sei aber so weitschichtig und schwierig, daß zunächst eine Aussprache mit den Fraktionen und dann mit der Regierung in kleinerem Kreise notwendig sei. An dieser Aussprache müsse nicht nur der Staatssekretär, sondern der Reichsfinanzminister selbst teilnehmen. Es wurde die Einsetzung eines kleinen Ausschusses beschlossen, dem die Anträge überwiesen wurden.

Serüffelte Drahtpuppen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Dienstag im Reichstag der Novelle zum Knappschaftsgesetz zugestimmt. Sie hat ihre Zustimmung mit folgender Erklärung begründet:

„Infolge unseres scharfen Kampfes zum Zweck der Verbesserung des Reichs-Knappschaftsgesetzes ist es gelungen, einige wenige Verbesserungen durchzusetzen. Zwar wurden unsere weitergehenden Anträge von allen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie abgelehnt. Es wurden jedoch insbesondere in der Frage der Familienhilfe Verbesserungen erzielt, durch deren Verweigerung Tausende von Bergarbeiterfamilien zugrunde gegangen sind. In der Verwaltungsfrage wurde der Einfluß der Unternehmer, die infolge ihrer Sabotage alle Verbesserungen verhindert hatten, nun endlich zurückgedrängt. Aus diesem Grunde wird die kommunistische Fraktion dem Gesetz in der Endabstimmung zustimmen.“

Für das Wagnis, aus eigenem Entschluß und eigener Abwägung der Arbeiterinteressen Ja zu sagen, hat die kommunistische Reichstagsfraktion sofort einen öffentlichen Rüssel von der Zentrale bezogen. Sie erhält in der „Roten Fahne“ von heute folgende Zensur vom Zentralkomitee:

„In der Reichstagsstimmung vom 22. Juni hat die kommunistische Reichstagsfraktion im letzten Moment auf Veranlassung der Mitglieder des Ausschusses der Novelle zur Abänderung des Reichs-Knappschaftsgesetzes zugestimmt. Die Zustimmung wurde damit begründet, daß die Novelle einige Verbesserungen brächte, in bezug auf Einführung der Familienhilfe und durch Zurückdrängen des Unternehmereinflusses in der Verwaltung der Knappschaftsvereine. Beide hier angeführten Punkte, die Verbesserungen bedeuten sollen, sind eigentlich keine Verbesserungen...“

Aber ungeachtet dessen enthält die Knappschafts-Novelle eine ganz große Reihe von Verschlechterungen. Durch sie werden Tausende von Bergarbeitern die Renten gekürzt. Die Erwerbung der Pensionsrente ist außerordentlich erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Die gleitende Rente ist beseitigt. Auch die Trennung der Krankenkasse von besonderen Erbschaften bedeutet eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft.

Die kommunistische Fraktion durfte darum unter keinen Umständen der Knappschafts-Novelle ihre Zustimmung geben.

Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt, sie wolle Tausende von Bergarbeiterfamilien vom Untergang retten — das von der Zentrale geforderte Reinstimmen hätte also zum Untergang von Tausenden von Arbeiterfamilien beigetragen. Die Zentrale beschuldigt die Reichstagsfraktion, daß sie für die Kürzung der Renten von Tausenden von Bergarbeitern eingetreten sei. Man beschuldigt sich also gegenseitig (um im kommunistischen Jargon zu reden) des Arbeiterverrats.

Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten, in ihrem klavischen und unwürdigen Untertanenverhältnis zur Zentrale, beschloffen daraufhin, immer Nein zu sagen. So stimmten sie gestern gegen den deutsch-dänischen Handelsvertrag, gemeinsam und allein mit Großagrariern, im Interesse der Pferdezüchter gegen die Arbeiterinteressen. Ihre Politik ist nicht sachlich gerichtet, sondern auf die Erringung guter Schulzeugnisse ihrer Zentrale.

Kadau ist keine Propaganda.

Zur Kritik der KPD-Methoden.

Genosse Franz Künstler schreibt uns:

„Im Namen von 15 Millionen Wählern“ gab neulich der Kommunist Neubauer im Rechtsausschuß des Reichstages eine Erklärung ab. Diese Anmahnung steht zu der Arbeit, die die Kommunisten beim Volksentscheid geleistet haben, in einem geradezu grotesken Mißverhältnis. Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die rohen und ordinären Formen der kommunistischen Straßenpropaganda der Sache des Volksentscheids eher geschadet als genützt haben. Mit ihren 7000 eingeschriebenen Mitgliedern war die kommunistische Partei in Groß-Berlin zu einer intensiven Aufklärungsarbeit von Haus zu Haus, wie sie von der Sozialdemokratie geleistet wurde, ganz unfähig. Darum legte sie den Schwerpunkt ihrer Agitation mit ungeheurer Beschrei auf die Straße. Anziehungskraft hat sie damit auf die breiten Massen der Bevölkerung nicht ausgeübt. Das Herumtragen von Särgen und Galgen und dergleichen — Propagandamittel, die nicht einmal als humoristisch und originell zu bezeichnen sind — stieß gerade die Wählerfraktionen, die man gewinnen wollte, ab. Den Keinen Leuten wurde von den Gegnern die „Bolschewistenherrschaft“ in Aussicht gestellt, wenn sie mit „Ja“ stimmten. Zugleich taten die Kommunisten mit ihrem Straßenkadau alles, um die Kleinbürger und indifferenten Massen an die drohende Bolschewistenherrschaft glauben zu machen. In nicht wenigen Fällen mißlang es unfernen Genossen, Männer und Frauen, die sich beim Volksbegehren in die Liste eingetragen hatten, zur Urne zu bringen. Die Ablehnung wurde immer damit begründet, daß man sich durch die rohe Agitation der Kommunisten abgestoßen fühle. Wenn das Berliner Ergebnis trotzdem so glänzend geworden ist, so ist das nur auf die intensive Arbeit der Sozialdemokratischen Partei zurückzuführen.

Die kommunistische Zentrale lieferte den Organisationen ihr Werbematerial nur gegen sofortige Bezahlung. Wer nicht Bargeld auf den Tisch legen konnte, bekam nichts. Und so geschah es, daß Rote Frontkämpfer beim Sozialdemokratischen Bezirksverband erschienen, mit der Bitte, man möge ihnen Flugblätter zum Verteilen geben. So wurden zum Beispiel am Freitag vor der Abstimmung auf dem Potsdamer Platz sozialdemokratische Flugblätter auch von Kommunisten verbreitet.

Bei dem Volksentscheid, so überlassen die Kommunisten auch jetzt wieder im Rechtsausschuß des Reichstages den Sozialdemokraten die wirkliche Arbeit. Sie selber versagen den sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen ihre Unterstützung und schreien täglich über „sozialdemokratischen Verrat“. Es gehört zu den erfreulichsten Erfahrungen aus der Arbeit für den Volksentscheid, daß auch kommunistische Arbeiter uns gegenüber deutlich zum Ausdruck brachten, wie sie über solche Methoden denken. Die wirkliche Meinung der breiten Massen kam darin zum Ausdruck, daß alle sozialdemokratischen Veranlassungen während des Kampfes um den Volksentscheid durch ihren Umfang die kommunistischen Konkurrenzunternehmungen weit in den Schatten stellten. In diesem Kampfe war die ungeheure Mehrheit des arbeitenden Volkes nicht mit den Kommunisten, sondern mit uns. Und so wird es auch in Zukunft bleiben!

Im Staatlichen Schauspielhaus am Gendarmenmarkt wurde aus Anlaß der in Berlin tagenden Ersten Internationalen Schauspielerkonferenz Hebbels „Herodes und Mariamne“ als Festvorstellung gegeben. Das an diesem Abend ganz besonders sachverständige Publikum folgte anfangs nur zögernd der schwerwichtigen Problematik Hebbels, geriet dann aber immer mehr in den Bann der phänomenalen Leistung Kortners als Herodes und jubelte ihn nach dem dritten und letzten Akt wiederholt vor dem Vorhang, mit ihm Professor Jessner, Lina Poffen (Mariamne), Irene Frieß (Alexandra), Antonie Strahmann (Salome) und Heinrich Witte (Joab). tr.

Erdkunde für höhere Lehranstalten. Man schreibt uns: Meine zehnjährige Tochter, Schülerin des Städtischen Lyzeums, befragte sich heute die von den Studienräten Dr. Billering und Dr. Dittl in Verlag R. Oldenbourg, München herausgegebene 3. Auflage der „Erdkunde für höhere Lehranstalten“, die den Untertitel trägt: Erste Umshau auf der Erde. Auf Seite 26/27 tragen drei Bilder folgende Unterschriften: 1. Der Mittellauf eines Stromes (Rhein bei dem besetzten Bingen), 2. Der Flughafen des entristen Straßburg, 3. Der Unterlauf eines Stromes (die geraubte Weichsel bei Thorn). Es wird Sie interessieren, wie sich die Herren Studienräte die „Erste Umshau auf der Erde“ vorstellen.

Das Ophophon. Ein Dozent der Universität Birmingham erfand einen Apparat, der den Blinden das Lesen von Druck- und Schreibmaschinenchrift ermöglichen soll. Ueber die technischen Details wurde bei der Vorführung in der englischen Akademie für Kunst und Technik nichts bekanntgegeben. Es handelt sich um eine Liebertragung der Bildwirkung in Töne, die eine eigene Art Sprache darstellen, die von den Blinden erst erlernt werden muß. Infolge ihres gesteigerten Gehörsinnes bringen die Schüler es aber schon nach zwei Monaten auf das Verständnis von 80 Worten in der Minute. Also eine neue Art von Weltsprache für die Blinden! Das Ophophon sieht wie ein Radiodrehapparat aus, und der Blinde hört mittels Kopfhörer oder Lautsprecher. Der hohe Preis von etwa 3000 Mark gestattet die Anschaffung allerdings fast nur für Anstalten und Heime.

Millionen in der Mathematik. Die „Gesellschaft der Freunde der Philologie des NS“ (Vorstand: Prof. Dr. Schöner in Halle) gab vor drei Jahren der Wiener Akademie der Wissenschaften die Anregung, eine Preisausgabe über „Millionen in der Mathematik“ auszugeben. Die Gesellschaft konnte damals im Mai des Inkationsjahres 1923 die Preisausgabe mit einer Million Mark dotieren, oder schon im Herbst vorigen Jahres schenkte diese Summe fast zu Null zusammen, und so hat jetzt die genannte Gesellschaft den Preis wieder auf 600 Mark aufgewertet. Anlässlich wurde der Preis dem Studienrat Dr. Veich in Innsbruck-Stuolant zuerkannt, und zugleich wurde dem Studienrat Dr. Praeger in Chemnitz eine lobende Erwähnung erteilt.

Die Frühjahrsausstellung der Akademie der Künste, die den vielbesetzten Saal von deutschen und französischen Meisterwerken des 19. Jahrhunderts enthält, wird am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr geschlossen.

Der Völkergedanke.

Zur Wiedereröffnung des Museums für Völkerkunde.

Von Robert Breuer.

Am 26. Juni, dem hundertsten Geburtstag Adolfs Bastians wird das Museum für Völkerkunde, von Grund auf neu geordnet, wieder geöffnet werden. Man erinnert sich, daß die ungeheure, ja unheimliche Häufung der ausgestellten Gegenstände dieses Museums schließlich ungenießbar gemacht hatte. Der Besucher wurde von dem Chaos der aus aller Welt zusammengetragenen Stücke, die wahllos, wie in einem riesenhaften Magazin neben- und übereinander standen, so verwirrt, daß er wohl die Vielgestaltigkeit der Welt empfand, ohne indes einen Weg zum Verständnis solchen brutalen Reichtums an Formen, an Aufgaben und Zwecken, an technischen Lösungen und kulturellen Erfüllungen finden zu können. Der Besuch war darum unbefriedigend; man empfing Material, vermehrte aber das einigende Prinzip, wonach all diese Waffen und Handwerkszeuge, diese Tanzmasken und Feinsche ausgewählt worden waren. Der Eindruck war um so seltsamer, als man wußte, daß der Begründer dieses Museums Adolfs Bastian gewesen war, der fünfzig Jahre unerbittlicher Lebensarbeit daran gesetzt hatte, um einen großen Gedanken zu veranschaulichen und tausendfältig zu bezeugen: den Gedanken, daß wichtiger als die Persönlichkeit die Gemeinschaft ist, daß neben den bekannten, von der Geschichtsdarstellung immer wieder gezeichneten Kulturen der Erdhülle noch mannigfache, scheinbar völlig fremde, niedere, primitive Lebenskreise aufsteigen, Lebensformen, die, wenn man sie richtig durchschaut und erkennt, innige und überraschende Verwandtschaft zu jenen bisher allein gerühmten Kulturen zeigen. Die Forschung Bastians, der fünfundsiebenzig Jahre lang die fernsten Teile der Erde bereist hatte, wollte den Hochmut der weißen Rassen und ihrer Köpfe zerbrechen und die geistige Bedeutung der sogenannten Wilden, der halb verachteten und halb bemitleideten Niaten, Afrikaner und sonstiger Exoten aufdecken. Bastian bewies die Einheit der Menschengeschlechter durch Zeit und Raum, die Verwandtschaft Samoas mit dem alten Griechenland, er verwies auf die Einheitlichkeit des Völkergedankens, der durch die geographischen und klimatischen Bedingungen die Einheit seiner Abwandlungen bekam. In dem Museum für Völkerkunde, dessen Sammlungen überwiegend den Reisen Bastians entstammten, traf man aber nur die Einheit, sah man nicht das Einigende, traf man tausend und aber tausend Kuriositäten, sah man aber nicht, wie hinter einem Kopfschmuck aus Federn die gleiche Idee lebendig war, die den Augsburger Goldschmied Kronen und Diademe gefaltet ließ. Das Museum für Völkerkunde war wie die seltsam Bücher Bastians: eine Ueberfülle, eine Orgie des Stoffes, ohne Oekonomie, ohne die Kraft, die Schiffsabladungen des Gefundenen und Entdeckten so zu ordnen, daß das geahnte Gesetz aller Schöpfung und alles Schaffens wirklich zum Ausdruck kam.

Nun ist erfolgt, was notwendig war. Man hat alles Entbehrliche in die Magazine gebracht und hat nur das zur Schau gestellt, was kennzeichnend für die jeweilige Kultur und damit Einblick in die Beweglichkeit des Völkergedankens ist. Schon die Verminderung wirkt wohlthuend, noch mehr die Ordnung. Nun kann man erleben,

wie die alten Mexikaner und, vielleicht noch vorgestern, die Insulaner der Südpazifik nach dem Gesetz, das ihnen die Berge, die Vulkanen, die Stürme und die Bogen diktierten, den gleichen Gott suchten und fanden, den gleichen Leidenschaften des Fleisches seelischen und rhytmischen Ausdruck erstrebten, wie dies die „Kulturvölker“ zu ihren Zeiten und zu den ihnen gestifteten Bedingungen getan haben. Was es immerhin gewagt sein und mögen die klassischen Philologen darob in Ohnmacht fallen: das Museum für Völkerkunde, so wie es jetzt ist, die Entwicklungsstufen herausarbeitend, die Höhepunkte der Willensformen herausstellend, gewährt uns den gleichen Genuss, wie das vollkommenste Museum der schönsten Antiken. Gewiß, es bleibt dabei, daß den meisten Europäern der Parthenonriesen näher steht als ein Negerskelett; um was sich jedoch unsere Weltkenntnis vermehrt, ist der Tatbestand, daß dieser Negerskelett uns nicht mehr eine tonische Verzerrung dünkt, daß wir vielmehr hinter ihm wie hinter dem Parthenonriesen die große Gebärde menschlicher Sehnsucht und Parteilichkeit erkennen. Wer das Museum für Völkerkunde heute durchwandert, wird, wenn er nicht stumpf ist, und wenn ihm das Ohnmacht nicht die Sinne verfinstert hat, einigermaßen bescheiden zugetrauen, daß der hellenischen Unterbildlichkeit von den Instinkten und Wünschen der Barbaren lebt. Das Museum für Völkerkunde erschließt uns den Einblick in die Einheit der Welt und des menschlichen Geschlechts. Man darf sagen, daß wer heute nur Tizian und Michelangelo, Bhabias und Rembrandt kennt, vom Wesen der Menschheit nichts weiß, wenn er nicht zugleich die dämonischen Explosionsindischer Plastik und die heroenhafte Ausgeglichenheit chinesischer Baukunst, wenn er nicht den Blutrausch der Kopfabschneider und das tastende Formgebend der Höhlenbewohner in sich aufgenommen hat. Die Enttötung Europas und seiner isolierten Kultur wird durch das Museum für Völkerkunde radikal bestritten; die Geschichte der zwei- oder dreitausend Jahre, die wir in uns tragen, erfährt durch das, was wir jetzt von den Völkern, die bisher außerhalb dieser Geschichte geblieben sind, kennen lernen, eine bis ins Innerste greifende Veränderung.

Zu den besonders interessanten Abteilungen des Museums gehören die Säle, in denen die Ergebnisse der vier deutschen Turfan-Expeditionen zu sehen sind. Aus dem ersten Blick ist überraschend, wie diese Ausgrabungen aus Gandhara, Kutscha und Turfan an griechische Grundtypen erinnern. Solch Anklang hat die geistigen Leiter der Grabungen, Grünwedel und Le Coq, veranlaßt, die gesamte indische und chinesische Kunst als Nachgeburt der Antike zu erklären. Eine Auffassung, die ohne Zweifel auf jene Ueberhöhung der bisher bekannten Kulturen zurückgeht, auf jene Ueberhöhung, der das Museum für Völkerkunde ein Ende bereitet. Gewiß steht in den Plastiken und Malereien, die in dem großen zwischen Gandhara und Turfan sich ausspannenden Gebiet gefunden worden sind, Griechenland; indessen dies ganze Gebiet ist nicht China, ist nur Vorräum, gewissermaßen Entree zu den beiden gewaltigen Erdteilen. Das China und Indien in vieltausendjähriger Geschichte hervorgebracht haben, hat keine Verwandtschaft zur Antike, findet sich aber gleichfalls in den Turfanfunden, die man darum mit Recht als eine Kunst zwischen zwei Polen, als eine Weltkunst, entstanden unter dem Druck zweier Giganten, ausdeuten darf. Die Monomanie des Europäers muß lernen, ehrfürchtig zu stehen vor der mannigfaltigen Zeugungskraft des Völkergedankens,

Caillaux-Briand — nicht umgekehrt.

Ungevißheit und Unbehagen in Paris.

Paris, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das zehnte Ministerium Briand ist nach dem endgültigen Ausschüssen Poincarés und Doumers überraschend schnell gebildet worden. Caillaux hatte für sich die Ministerpräsidentenschaft und die Aussicht auf Vollmachten, für seine Freunde bedeutende Portefeuilles verlangt. Briand hat sich allem unterworfen, nur an Stelle des von Caillaux als Kriegsminister vorgeschlagenen General Targe den General Guillaumat durchgesetzt.

So hat man allgemein den peinlichen Eindruck, daß der eigentliche Ministerpräsident nicht Briand, sondern Caillaux ist, dessen Persönlichkeit diesem Kabinett das Gepräge gibt. Die Zusammenarbeit dieser beiden Männer dürfte bald eher den Charakter eines Duells, als eines Zusammenwirkens annehmen. Es müßte denn sein, daß, wie am Mittwochabend in der Kammer, wo das Kabinett übrigens eine ziemlich kühle Aufnahme fand, behauptet wurde, daß Briand bald ermüdet, gealtert und entmutigt von der Bühne abtreten und die Regierung ganz in Caillaux' Hände legen wird.

Diese Atmosphäre dumpfen Unbehagens, die um das Ministerium liegt, findet in den Kommentaren der Morgenpresse einen leisen Niederschlag. Nicht ein Blatt — auch nicht die Presse des Linkskartells — begrüßt vorbehaltlos das neue Kabinett, dem zwar nicht Vertreter reaktionärer Parteien, aber auch nicht ein einziger Sozialist angehört.

Der „Quotidien“ z. B. bedauert, daß niemand etwas Genaueres über Caillaux' Finanzpläne wisse und das reaktionäre „Noenit“ erinnert ironisch an die Tätigkeit Caillaux' als Finanzminister Poincarés, die mit dem jämmerlichen Fiasko der Goldanleihe geendet habe.

Briand wird, so erklärt man, für seinen Finanzminister in aller Kürze außerordentliche Vollmachten zur Durchführung umfassender Sparmaßnahmen verlangen. Das Kabinett wird also bald Gelegenheit haben, seine Lebensfähigkeit zu erproben.

Regierungserklärung erst nächste Woche.

Paris, 24. Juni. (W.T.B.) Finanzminister Caillaux erklärte, daß er mehrere Tage Zeit brauche, um einen Finanzplan auszuarbeiten. Unter diesen Umständen wird angenommen, daß die Regierungserklärung frühestens Dienstag nächster Woche erfolgen wird. Nach Havas wird die Regierung verlangen, daß das Parlament die von ihr beabsichtigten Finanzgesetze in kürzester Frist verabschiedet und ihr weitgehende Befugnisse zur Durchführung dieser Reformen bewilligt.

Außenminister Laval ist auch weiterhin mit der Leitung der elisabethinischen Angelegenheiten betraut.

Der zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ernannte Oberst Picot gehört der demokratisch-republikanischen Linken, der Fraktion Bokanowski, an; er steht also von den Mitgliedern des neuen Kabinetts am weitesten rechts. Nach Parteien gegliedert, setzt sich das neue Kabinett zusammen aus 9 Radikalen, 3 Sozialrepublikanern, 3 Mitgliedern der radikalen Linken, 4 Linksrepublikanern, 1 Unabhängigen Sozialisten, 1 Mitglied der demokratisch-republikanischen Linken und 1 Nichtparlamentarier.

Kollet — Befragungschef.

Paris, 24. Juni. (W.T.B.) „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß zum Nachfolger des zum Kriegsminister ernannten Generals Guillaumat in Mainz der ehemalige Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Kollet, ernannt werden sollte.

Guillaumat für einjährige Dienstzeit.

Paris, 24. Juni. (W.T.B.) Wie „Journal“ erfährt, ist der neue Kriegsminister Guillaumat ein Anhänger der einjährigen Dienstzeit, und wird das vorliegende Militärreformgesetz mit solchen Durchführungsbestimmungen zur Verhandlung bringen, die zugleich den Wünschen des Landes nach Verringerung der Militärlasten Rechnung tragen und die völlige Sicherheit Frankreichs verbürgen sollen.

Neue Deutschenverfolgung.

In Polnisch-Oberschlesien.

Breslau, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Ostoberschlesien geht die nationalpolnische Politik gegen die deutsche Minderheit jetzt zu neuen Methoden über. Nachdem es der polnischen Bureaucratie nicht gelungen war, durch Prozesse gegen den Deutschen Volksbund und gegen die deutsche Presse, insbesondere die Arbeiterpresse, die Zuneigung der ostoberschlesischen Bevölkerung zu der deutschen Minderheitsschule zu zerstören, sind in den letzten Tagen in einigen staatlichen, halbstaatlichen und Gemeindebetrieben zahlreiche Arbeiter entlassen worden, nur weil sie ihre Kinder zur deutschen Minderheitsschule angemeldet haben! Besonders tut sich in dieser Richtung die Skarboform-Gesellschaft hervor, deren Aufsichtsrat trotz des gegenteiligen Beschlusses der letzten Warschauer Regierung immer noch Korjaniak leitet und in dem außer dem polnischen Staat auch französische Nationalisten Einfluß ausüben. Da die Entlassungen zweifellos eine Beeinträchtigung der völkerrechtlich gesicherten Minderheitsrechte darstellen, dürfte sich die Kommission des Völkerbundes unter Vorsitz Calonders mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Von irgendeiner Milderung des scharf deutschenfeindlichen Kurses durch das neue Warschauer Kabinett ist nichts mehr zu spüren, was mit der neuen Rechtschöpfung der Regierung Bartel zusammenhängen dürfte.

Der heilige Teppich.

Blutiger Zusammenstoß bei Mekka.

Kairo, 24. Juni. (W.T.B.) Eine ägyptische Zeitung meldet: Bei Mekka kam es zwischen ägyptischen Soldaten, die den heiligen Teppich eskortierten, und Wahabiten, die die Russkavalle der Kämpfer am Spielen verhindern wollten, zu Austritten. Als die vom Wahabitenführer Ibn Saud entsandten Truppen sich bemühten, die Ordnung wiederherzustellen, eröffneten die Kämpfer das Feuer und töteten 25 Personen aus der Menge. Der Sultan begab sich daher persönlich nach dem Schauplatz des Zusammenstoßes, um die Ordnung wiederherzustellen. Er erklärte, der Teppich sei ein gemeiner Gegenstand, an dem sich niemand vergreifen dürfe. Der Zug mit dem Teppich setzte sich darauf unter dem Schutz der Truppen des Sultans wieder in Bewegung.

Provinzschloß der Prager Stürme. Aus einer Brünner Versammlung der Nationaldemokraten (äußerste tschechische Rechte) wurden 300 Sozialisten und Kommunisten schließlich hinausgedrängt. In den Straßen wurden auf die Polizei Steine geschleudert. Einige Badknechte wurden durch die Steinwürfe leicht verletzt. Bestimmte Polizei zerstreute die Demonstranten. Einige von ihnen wurden festgenommen.

Kommunistische Feigheit.

Die Berliner kommunistische Rathausfraktion fühlt sich offenbar in ihrer Haut nicht wohl. Bei der zweiten Lesung des Etats haben sie sich aus purer Feigheit vor der Verantwortung gedrückt und im letzten Augenblick mit den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei gemeinsame Sache gemacht. Die sozialdemokratische Fraktion war durch diesen feigen Verrat gezwungen, in der Frage der Privatgüter den Mittelparteien Zugeständnisse zu machen, auf die sie viel lieber verzichtet hätte. Die Kommunisten haben daraufhin einen neuen Schreibbrief an die sozialdemokratische Fraktion gerichtet. Nach der bewährten Methode, „Halbt den Dieb“ zu schreien, glauben sie offenbar dadurch von ihrer Haltung absenten zu können. In Wirklichkeit sind sie ausgebrochen, weil ihre Führer zu feige sind, den eigenen Anhängern entgegenzutreten und ihnen zu sagen, was allein möglich ist.

Die Kommunisten machen von ihrem Brief ein fürchtbares Geschäft. Wie ihre angebliche Ehrlichkeit zu beurteilen ist, geht daraus

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin.

Sonnabend, den 26. Juni 1926, am Reihberg bei Solm

Sonnenwendfeier.

Ziel: „Völkervereinigung — Menschenrecht“, aufgeführt von Mitgliedern der gewerkschaftlichen Jugendverbände und der sozialistischen Arbeiterjugend. Bläserchor, Muffelgefang. Preis der Karte 50 Pfennig, muß für jeden Teilnehmer eine Gabel erhält. Karten zu haben in allen Gewerkschaftsbüros, beim W.A.-Bund, bei den Betriebskomitees, in den Bormärtsprekationen, der Bormärtsbuchhandlung, Lindenstraße 2, im Bureau der Sozialistischen Arbeiterjugend, Lindenstraße 3, und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses.

hervor, daß die „Rote Fahne“ heute die Unverschämtheit besitzt, mitzutellen, die sozialdemokratische Fraktion habe eine Botsprechung über den Berliner Etat abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion hat umgekehrt ihren Vorstand beauftragt, heute noch einmal mit den Kommunisten zu verhandeln und einen letzten Versuch zu machen, von ihrer verantwortungslosen arbeiterscheißerischen Haltung abzugehen. Daß der sozialdemokratische Fraktionsvorstand nicht vor einer Sitzung der Gesamtfraktion mit den Kommunisten verhandeln konnte, versteht sich von selber. Die ganze Schimpferei in der „Roten Fahne“ zeigt nur, daß die angebliche Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Arbeit nur eine bessere Plattform für den Kampf mit der Sozialdemokratie bieten soll.

In der Sache selbst weiß jeder, der an den monatelangen Beratungen des Haushaltsausschusses teilgenommen hat, daß eine Erhöhung der Grundsteuer unvermeidlich ist, weil sonst 40 Millionen Mark im Etat fehlen würden. Mit dilettantischen Redensarten kommt man über diese Tatsache nicht hinweg, kein ernstzunehmender Mensch kann es verantworten, daß durch Ablehnung des Etats der Magistrat gezwungen würde, alle großen städtischen Arbeiten sofort einzustellen. Selbstverständlich muß die Staffelung der Grundsteuer durchgeführt werden, aber nicht nur für Berlin, sondern allgemein. Die endgültige Verabschiedung des Etats aufzuschieben, bis der Kampf um diese neue Steuerordnung entschieden ist, bedeutet tatsächlich, in diesem Jahre auf einen geordneten Etat verzichten und Millionenausgaben im Interesse der Arbeiterschaft einstellen. Das möge verantworten, wer dazu Lust hat.

Die Sozialdemokratie weiß, daß man mit Feigheit keine Politik machen kann und daß sich damit auch keine Fortschritte erlangen lassen. Die bequeme und billige Geistes des bloßen Reinjagens wird sie den Deutschnationalen und den Kommunisten überlassen, und dabei wird sie nicht schlecht fahren.

Der Mord in der Silvesternacht.

Wieder eine Tat im Alkoholaufschub.

Am 1. Januar dieses Jahres wurde auf der Treppe des Hauses Hertelstraße 6 ein Mann namens Grau mit durchschüttelter Kehle aufgefunden. Anfangs glaubte man, es liege ein Selbstmord vor. Dann nahm man an, daß der Mann das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Es dauerte jedoch nicht lange, bis der wirkliche Sachverhalt aufgeklärt und der Täter verhaftet werden konnte. Auf dem Rasenmesser, das man am Tage vorher gefunden hatte, stand der Name Schreiber eingraviert. Sofort nach der Veröffentlichung der Tat hatten sich Leute gemeldet, die bekunden konnten, daß sie am 31. Dezember den Schreiber auf dem Hof gesehen hätten und daß Schreiber ein Rasenmesser bei sich getragen habe. So konnte der Verdächtige verhaftet werden.

Der 23 Jahre alte Richard Schreiber wohnte zu der fraglichen Zeit im Obdach der Heilsarmee in der Büchlingstraße. In der Nacht zum 1. Januar war er mit seinem Vater von Lokal zu Lokal gegangen und hatte eine Menge Alkohol zu sich genommen. Im Hofe des Hauses, in dem der Tote später aufgefunden wurde, war er plötzlich verschwunden. Bald darauf geschah das Verbrechen. Schreiber hatte seinem Schlafkollegen nach Veröffentlichung der Tat erklärt, daß ihm sein Rasenmesser fehle, daß er sich dunkel an eine Schlägerei erinnere, und ob er nicht am Ende der Täter gewesen sei. Sich der Polizei zu stellen fand er nicht den Mut. Bei der ersten Vernehmung erklärte er, daß er sich an die Tat nicht erinnere, doch wenn behauptet wird, daß er es gewesen sei, so werde es wohl so sein. Er erinnere sich nur, daß er in eine Schlägerei verwickelt gewesen und dann zum Alexanderplatz in die Warmehalle gefahren sei. Als er um 12 Uhr aufwachte, habe er bemerkt, daß seine Hände mit Blut besudelt waren. In der heutigen Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht III bleibt Schreiber bei seiner Erklärung. Der Kriminalkommissar Moritz erzählt ausführlich, wie der Angeklagte während des Vorkalles alle Einzelheiten rekonstruiert habe. Hinterher erklärte er aber, daß ihm dies alles nur dunkel vorkäme.

Ein Lebendretter ertrunken.

Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich gestern nachmittags in Werder a. d. Havel. In der Nähe der großen Landungsbrücke, an der Seltower Fähre, badete eine Anzahl junger Mädchen, die einem Sportklub angehörten, ohne Aufsicht der Schwimmlehrerin. Als sich die Mädchen im Wasser tummelten, steuerte ein Dampfer auf die Landungsbrücke zu, was den Anlaß gab, daß die 13jährige Schülerin Gertrud Urndt laut um Hilfe rief. Ein auf der Brücke stehender junger Mann, der 24jährige Bernhard Schilling, der am Wasser einen Verkaufsstand gepachtet hat, sprang sofort ins Wasser, um das Mädchen zu retten. Er hielt es so lange über Wasser, bis Hilfe hinzukam, verlor aber plötzlich selbst in den Fluten. Bereits nach wenigen Minuten gelang es, Schilling zu bergen, doch waren die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche von fast zweistündiger Dauer ohne Erfolg. Die ärztliche Untersuchung stellte Herzstillstand fest.

Sonderzug zum Wiener Arbeiterturnfest.

Zu dem großen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Wien geht der Sonderzug am Mittwoch, 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, aus Leipzig ab. Die Teilnehmer ver sammeln sich pünktlich um 7 Uhr in Leipzig auf dem Augustusplatz. Das Jahrgeld, hin und zurück nach Wien 14 Mark, muß bis zum 30. Juni an Otto Köntner, Leipzig, Arbeiterturnverlag, Fichtestraße 36, eingeliefert sein. Es kann auch Einzelscheine zu je 17 Mark beantragt werden. Die Rückfahrt von Wien findet wahrscheinlich am 13. Juli statt. Der Sonderzug steht auch Nichtteilnehmern am

Best zur Benutzung offen. Zur Beförderung der Teilnehmer von Berlin nach Leipzig fährt am Mittwoch, den 7. Juli, morgens 8 Uhr, der Zug, dem unsere Gesellschaftswagen angehängt sind. Das Fahrgehalt von Berlin bis Leipzig beträgt 4,30 Mark und muß bis Mittwoch, den 30. Juni, eingeliefert sein an Robert Dehlschläger, Berlin N 63, Hochstädter Str. 10. Später einlaufende Fahrgehalte finden keine Berücksichtigung mehr.

Zwei weitere Infektionsfälle in Kalkberge.

Die durch die Paratyphusbazillen in Kalkberge entstandenen Erkrankungen sind gestern um einen weiteren Fall vermehrt worden. Ein Fräulein Seger aus der Rebenstraße in Kalkberge erkrankte unter verdächtigen Umständen, und die sofortige ärztliche Untersuchung ergab, daß sie einer Injektion von Paratyphusbazillen zum Opfer gefallen war. Sie wurde sofort in das Krankenhaus übergeführt. Heute morgen ist noch ein neuer Fall gemeldet worden. Es handelt sich um einen Mann, der von dem infizierten gekochten Rindfleisch gegessen hatte und von dem Leiden erfaßt wurde. Im übrigen sind jedoch alle Patienten außer Lebensgefahr, und man hofft, daß infolge der ausgedehnten Vorbeugungsmaßnahmen keine weiteren Erkrankungen vorkommen werden.

Die Gemeinde Kalkberge läßt gegenwärtig die Wohnungen aller erkrankten Familien desinfizieren, ebenfalls wurde die Schule gesperrt, um auch hier zu verhindern, daß die Bazillen weiter verschleppt werden. Ferner ist durch Gemeindebeschluss das Baden im Kalksee und in den örtlichen Gewässern verboten worden. Während des Mittwochs weilte der Kreisarzt in Kalkberge, um sich von der genauen Befolgung aller ergriffenen Maßnahmen und Vorschriften zu überzeugen. Ueber den Ausgangsbericht der Seuche sind die Ärzte jetzt gleichfalls der Ansicht, daß die Kuhleule von einem durchaus gesunden Tier stammt und daß entweder auf dem Transport nach Berlin oder nach Kalkberge die Infektion erfolgte. Es ist möglich, daß das Fleisch von einer Fäse infiziert worden ist, an deren Körperteilen sich Paratyphusbazillen befanden.

Ein Siebzigerjähriger. Genosse Julius Biewig, Reußlän, Zietenstraße 71, der in weitesten Parteilreisen Reußlänns bekannt ist und seit 46 Jahren der Partei unermüdetlich seine Kräfte geopfert hat, begeht heute seinen 70. Geburtstag.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei Automobilen und zwar zwischen einem Privatkraftwagen der Zigarettenfabrik K. und einer Autodroschke kam es heute morgen gegen 1/8 Uhr an der Gütshiner-Ecke Alexandrinenstraße. Die beiden Insassen der Autodroschke, der Bankdirektor Franz Koch mit seiner Ehefrau, wohnhaft Hochstraße 3 in Schöneberg, wurden auf das Straßenpflaster geschleudert und erheblich verletzt. Sie erhielten auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe. Die Schuld soll dem Führer der Autodroschke treffen, da er an der Straßenkreuzung zu schnellem Tempo fuhr.

Um 1/8 Uhr morgens kam der 23jährige Tischler Walter Heyden aus Treptow, Eisenstr. auf der Treptower Chaussee mit seinem Motorrad, als er einem Hunde ausweichen wollte, zu Fall und zog sich einen doppelten Schädelbruch zu. Der Verunglückte wurde zur Rettungsstelle am Görlicher Bahnhof und von dort in ein Krankenhaus übergeführt.

Deutscherisch-Deutsches Sommerfest. Der Deutscherisch-Deutsche Volksbund ladet zu einem Deutscherisch-Deutschen Sommerfest für Sonnabend, den 26. d. M. im Lunapark ein. Die landsmannschaftlichen Vereinigungen von Groß-Berlin, die Verbände für Grenz- und Auslandsdeutschstum sollen an diesem Tage mit den Ansehensfreunden Deutschösterreichs im großdeutschen Sinne vereint sein. Redner der politischen Parteien werden kurze Ansprachen halten. Für den guten Zweck wird ein Tombola veranstaltet, die mit 4000 wertvollen Gewinnen reich besetzt ist. Als besonderes Ereignis darf die Verlosung eines fabrikmäßig verfertigten Personenautos auf Grund der nummerierten Eintrittskarte bezeichnet werden. Eintrittskarten zu 1 M. an allen Kassen des Lunaparks, bei Berthelm und im Bureau des Bundes, Schloß Bellevue, Roabit 684. Beginn 3 Uhr nachmittags, Ende 5 Uhr früh. Kinder zwei Attraktionen frei. Die Abgang löst zu diesem Fest die ganze Nacht Autobusse fahren.

Veränderung von Straßenbahnlinien. Vom 25. Juni ab wird die Linie 9 von der Grünauer Straße anstatt durch die Friedelstraße und Welterstraße über Pfäfersstraße, Neuterstraße, Welterstraße geführt und gleichzeitig bis Urbanstraße, Ecke Weißelstraße verlängert. Die Ringlinien 4 und 5 verkehren anstatt durch die Kaiser-Friedrich-Straße ebenfalls über Neuterstraße-Welterstraße zum Hermannplatz. Wegen Bauarbeiten in der Welterstraße werden in der Nacht vom 24. zum 25. Juni von 12 Uhr an die Wagen der Linie 9 durch die Neuterstraße und Kaiser-Friedrich-Straße umgeleitet.

Die „Charlottenburger Cledetele“ veranstaltet am Donnerstag abends 7 1/2 Uhr auf dem Friedrich-Rail-Platz ein Platzkonzert.

Hochwasser in Priegnitz und Altmark.

Der nordwestliche Teil der Provinz Brandenburg, die Priegnitz, sowie die Altmark stehen allem Anschein nach vor einer Hochwasserkatastrophe. Die Ernte darf schon als völlig vernichtet gelten. Während 1925 die Heuernte infolge der Dürre sehr mäßig ausgefallen war, ist sie dieses Jahr durch das Hochwasser verdorben. In der Lössniz-Niederung sind die ersten Todesopfer zu verzeichnen. Bei Dargatz erkrankte der Wanderbutche Heinrich Beutel, der in der Lössniz badete und vom Strom erfaßt wurde. Bei Seedorf erkrankte der Besitzer Wendl. Er war zum Meilen in den Stall gegangen und wollte sich dann die Hände waschen. Da das ganze Gelände durch das Hochwasser verflumpft ist, fiel Wendl in einen Graben und erkrankte. Durch Rückfluß hat das sonst bedeutungslose Fließchen Stepenitz kilometerweite Strecken überflutet. Bisher ist ein Gelände von 10 000 preussischen Morgen von dem Hochwasser betroffen worden.

Folgenschweres Eisenbahnunglück in Brasilien.

Wie dem „New York Herald“ gemeldet wird, hat sich auf der brasilianischen Zentralferrbahn ein Unglück ereignet. Ein von Rio de Janeiro kommender Expresszug entgleiste aus unbekannter Ursache in Minas Geraes. Es sollen Hunderte von Reisenden verletzt worden sein; man befürchtet, daß auch einige Reisende den Tod gefunden haben. Einzelheiten wurden bisher nicht gemeldet.

Sport.

Sawall siegt im Revandekampf!

Nachdem die Olympiabahn-Kadrennen zweimal wegen der ungünstigen Witterung verschoben werden mußten, konnten sie am gestrigen Abend endlich zum Austrag gebracht werden. Zum Revandekampf stellten sich Linart, Sawall, Müller, Wittig und Lemanow. Im ersten Lauf (50 Kilometer) der 100-Kilometer-Stehenangelegenheit belegte der Belgier die Spitze, um sie sicher bis zum Schluß zu halten. (Zeit: 40 Min. 18,4 Sek.). Zweiter wurde Sawall vor Wittig, Müller und Lemanow. Im zweiten Lauf hatte der Matador der Olympiabahn die Führung vor Linart. Beide Fahrer lieferten prächtige und harte Kämpfe, bis zum Rotodeseft Quart. Der Belgier mußte das ganze Feld passieren lassen und fiel auf den letzten Platz zurück. Sawall fuhr diesen Lauf in 41 Min. 24 Sek. Den zweiten Platz belegte Wittig vor Lemanow, Müller und Linart. Im Gesamtklassement ging Sawall als Sieger des Revandekampfes hervor. Zweiter Wittig, 3. Linart, 4. Müller, 5. Lemanow. Bei den Fliegern siegten Schwab, Hahn und Schrage.

